

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen für die Anzeigen entgegen. - Erscheint wöchentlich. Preis pro Nummer 10 Pf.

Redaktionsverpflichtung: Die Anzeigen sind für die Anzeigen zu übernehmen. - Erscheint wöchentlich. Preis pro Nummer 10 Pf.

Telegraphische Anzeigen: Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ann. Postfach-Nr. 1040

Nr. 143

Sonnabend, den 21. Juni 1924

19. Jahrgang

Außenpolitische Möglichkeiten.

Von Dr. Fritz M. d. V.

Das Programm der neuen französischen Regierung ihre Zusammensetzung und ihre ersten außenpolitischen Maßnahmen lassen in Verbindung mit den Kundgebungen des britischen Premierministers im allgemeinen die Linie erkennen, auf der sich die Außenpolitik Frankreichs und Englands uns gegenüber bewegen wird.

Grundsätzlich wendet sich die Regierung Herriot von den Methoden des Poincarismus ab. „Wir sind gegen die Politik der Intimidation und Gewalt, die zu territorialen Besetzungen und zur Pfändnahme führt.“ Dieser grundsätzliche Standpunkt erklärt jedoch in seiner praktischen Auswirkung eine erhebliche Einschränkung. Wir halten es nicht für möglich, das Ruhrgebiet zu räumen, bevor die Pfänder, wie sie von den Sachverständigen vorgezeichnet sind, mit gerechten und wirksamen Bürgschaften für die Durchführung verknüpft und den zu ihrer Verwaltung befugten internationalen Organisationen übergeben sind.“ Frankreich lehnt also die Räumung des Ruhrgebiets an sich nicht ab, macht aber die Durchführung der Räumung von der Durchführung der Sachverständigenberichte abhängig. Wer in Deutschland also die baldige Befreiung der Ruhr will, wird zur beschleunigten Durchführung der von Deutschland angenommenen Gutachten mithelfen müssen. Ein erfreulicher Fortschritt in der Einstellung Frankreichs ist die Bereitwilligkeit, unerwartet der Entwicklung im Einklang mit den Ausweisungsbefehlen aufzuheben und die Befragten frei zu lassen. Herriot hat Recht, wenn er hierzu sagt: „Besser als alle Worte werden die Beschlüsse erweisen, daß, wenn die deutsche Regierung ihrerseits die für die lokale Durchführung des Sachverständigenberichts erforderlichen Arbeiten beschleunigt, die französische Regierung den Bemühungen in Deutschland das mit Entschlossenheit den Weg der Demokratie und des Friedens betritt, entgegenzukommen vermag.“

Ein Kompliment für die deutsche Demokratie hat es seit Wilsons Zeiten unseiner Angedenkens nicht gefehlt. Die verlangen nach dem, was wir erlebt haben, auch bei den einsichtigen Demokraten nicht mehr, nicht eine wirkliche, sondern nur eine tatsächliche Befreiung von Besatzung und von verächtlichem Geist vermag auf das so lange Zeit brutal mißhandelte deutsche Volk zu wirken.

Wenn der Präsident der französischen Republik in seiner Botschaft erklärt, daß Frankreich nicht auf die Kontrolle verzichten könne, die es kraft der Friedensverträge über einen Besetzten ausübt, „der den Unfrieden erweckt, daß er Revanche vorbereitet, anstatt das unterzeichnete Versprechen einzuhalten, und wenn Herriot in gleichem Sinne von der Notwendigkeit spricht, „angesichts des heutigen Standes der Dinge in Deutschland nicht allein Frankreich sondern alle Völker gegen eine neue Offensive nationalistischen Wundeutums zu schützen“, so erweisen sich die Herren an der Seine als sehr schlechte Psychologen gegenüber der deutschen Empfindungswelt. Niemand hat so stark die nationalistische Entwicklung in Deutschland gefördert als Frankreich selbst, niemand hat es der deutschen Demokratie so schwer gemacht, in der breiten Masse des deutschen Volkes festen Boden zu gewinnen, als die französische Politik der absichtlichen Demütigungen und Bedrückungen. Wenn ein Volk sich einem klar erkennbaren Vernichtungswillen gegenüber sieht, so hätte es seine Daseinsberechtigung verloren, wenn es dem nicht den unbeugsamen Willen zur Selbsterhaltung entgegenzusetzen wollte. Welche Art der praktischen Betätigung dieses Selbsterhaltungswillens man wählt, ist Sache der politischen Klugheit. Wenn in der letzten Zeit in Deutschland die Gegenwirkung gegen die brutale Behandlung durch Frankreich sich auch in politisch unkluger Weise geltend machte, so wird derartigen Stimmungsmäßig verständlichen Abirrungen am ehesten der Wind aus den Segeln genommen, wenn man die Ursachen beseitigt. „Nicht Gestein des Edelsteins“, wie die „Coe Nouvelle“ empfindet, sind nötig, sondern unabweisbare Beweise der Friedensliebe auf französischer Seite und die Abkehr von der bisherigen Politik.

Wenn ein solcher Wandel in Frankreich sich vollzieht, dann wird für uns auch der Gedanke eines Beitritts zum Völkerbund erörterungsfähig werden. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Frage des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund jetzt ins Rollen gekommen ist. Der britische Premierminister hat sie mit seiner im Unterhause abgegebenen Erklärung in Druck gebracht: „die Regierung seiner Majestät würde sicherlich eine Zulassung Deutschlands zum Völkerbund zum frühestmöglichen Termin gütlich gegenüber stehen und ein Besuch um Zulassung begrüßen.“ Auch Herriots Programmrede in der französischen Kammer läßt keinen Zweifel darüber, daß nach „friedensstellender Auseinandersetzung“ die Sachverständigenberichte „in den Völkerbund einzutreten“. Die deutsche Politik und die deutsche

öffentliche Meinung können an diesen Kundgebungen nicht achtlos vorübergehen. Mit Recht wurde bisher der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes abgelehnt, einfach deswegen weil der Bund sich nicht als ein Instrument der Versöhnung und des Friedens erwies, sondern als eine Körperschaft, die neue Bedrückungen Deutschlands international sanktionieren sollte. Nicht jetzt zwischen unseren Feinden von gestern und uns eine Epoche der Versöhnung an, so besteht kein Grund für uns, einem in den Dienst einer solchen Entwicklung sich stellenden Völkerbunde fern zu bleiben. Deutschland wird innerhalb des Völkerbundes, wenn es im Völkerbundrat die ihm zukommende Vertretung erhält, viel eher im Stande sein, Einfluß auf eine Besserung der Einstellung der Völker gegenüber Deutschland zu gewinnen, als wenn es außerhalb des Bundes bleibt. Deswegen ist die Frage eines Beitritts nur von dem nächstern realpolitischen Gesichtspunkt aus zu prüfen ob wir damit eine neue außenpolitische Chance gewinnen. Selbstverständlich muß vorher die Gewißheit bestehen, daß irgendwelche entwürdigende Bedingungen, wie erneutes Anerkenntnis der Schuld oder dergleichen, nicht gestellt werden, daß im Gegenteil für Deutschland von vornherein die volle Gleichberechtigung und gleiche Wahrung gewährleistet sind.

Wer unvoreingenommen die gegenwärtig in Paris und London am Ruder befindlichen politischen Strömungen würdigt, muß erkennen, daß eine besonnene deutsche Politik sich jetzt weit größeren Erfolgsmöglichkeiten gegenüber sieht als früher, daß andererseits aber eine Politik der hohlen Geste und Phrase, des Selbstberauschens an realpolitischen Unmöglichkeitkeiten auch die besten Ansätze zur Besserung vernichten müßte.

Eine deutsche Anfrage in Paris.

Wann wird das Ruhrgebiet geräumt?

Wie wir erfahren, ist der deutsche Botschafter in Paris beauftragt worden, vom Ministerpräsidenten Herriot eine authentische Erklärung über die neue Stellungnahme des neuen französischen Kabinetts herbeizuführen zur Frage der Ruhrbesetzung und der Festhaltung der Pfänder.

Durch die Pariser Havas-Agentur ist der schweizerischen und holländischen Presse Mitteilung von einer Ansprache des Kriegsministers Nollet gemacht worden, in der General Nollet gesagt habe, eine Räumung des Ruhrgebietes und eine Freigabe der Pfänder würde in keinem Falle nach Annahme des Dawesberichts erfolgen, wie Deutschland irrtümlich glaube, sondern erst, nachdem Deutschland das Sachverständigengutachten in allen seinen Teilen erfüllt habe.

Die Anfrage in Paris ist eine Tat des deutschen Auswärtigen Amtes, die überall gebilligt werden wird. Wir wollen wissen, woran wir sind!

Herriots Unklarheit.

In den Berliner politischen Kreisen erklärt man, daß die diplomatischen Verhandlungen über die Räumung des Ruhrgebietes sich noch immer im Stadium der Vorbesprechungen befinden, da der französische Ministerpräsident offenbar auch in den vertraulichen Unterhandlungen eine präzise Erklärung vermieden habe, bevor er sich nicht mit dem englischen Premier in London über diesen Punkt geeinigt habe. Die Angelegenheit sei auch dadurch erschwert, daß Herriot in der Kammer sich fortgesetzt sehr unklar ausdrückte. Man muß sagen, daß Herriot vorläufig noch immer auf der Basis von Poincaré operiert, der uns absichtlich darüber im Zweifel ließ, ob der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Sachverständigengutachtens für ihn mit der Annahme der Befehle durch Deutschland oder mit der tatsächlichen Einsetzung der Kontrollorganisation gegeben sei, was bekanntlich nicht sofort, sondern zum Teil erst nach der Entwicklung in den kommenden Jahren geschieht. Für Deutschland könne eine volle Klarheit in dieser Frage, die für die weiteren Entscheidungen der Reichsregierung von grundlegender Bedeutung sein würde, nur dann eintreten, wenn sich Herriot und Macdonald entschließen, eine ganz einwandfreie Antwort auf die wohl absichtlich in der letzten Rede des Außenministers Dr. Stresemann gestellten Frage zu geben.

Sprechung mit den Parteiführern.

Der Reichskanzler wird in den nächsten Tagen die Parteiführer empfangen, um mit ihnen die Stellungnahme der Reichsregierung zu dem neuen Kurs in Frankreich zu besprechen. Vorgestern abend waren bereits Abgeordnete des besetzten Gebietes beim Kanzler und beim Außenminister, weil im besetzten Gebiet die Herrschaft über das besetzte Gebiet der Verantwortung der Reichsregierung zu einer baldigen Klärung des Ruhrgebietes zu kommen.

Die Wahl de Selves.

In der Donnerstagssitzung wurde der Vorsitzende der Rechtsgruppe des Senats der republikanischen Union de Selves mit 151 gegen 134 Stimmen zum Senatpräsidenten gewählt. In der Kammer, in der das Ergebnis der Wahl gegen Schluß der Rede Dolanowski bekannt wurde, bricht die Rechte in demonstrative Beifallsstürme aus, während in den Kreisen der Linken ziemlich Bestürzung herrschte. Auf der Rechten rief man: Es lebe der Senat! Herriot war aber das Ergebnis der Wahl sichtlich erregt. In parlamentarischen Kreisen wird die Wahl des Rechtskandidaten de Selves nach der Wahl Doumergues zum Präsidenten der Republik als eine offene Abgabe des Senats an den Linkenblock angesehen und als ein deutliches Zeichen, daß der Senat mit mehreren Punkten der Regierungserklärung Herriots keineswegs einverstanden ist.

Erweiterung der Befugnis zu Zeitungsverboten.

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar gestattete den Behörden das Einschreiten lediglich zur Abwehr von Bestrebungen auf gewalttätige Veränderung der verfassungsmäßigen Staatsform. Die Vorgänge der letzten Monate zeigten aber, daß diese Vorschrift nicht genügt. In einer für die ruhige Fortentwicklung unerträglichen Weise wurde von radikaler Seite in der Presse fast täglich zum Ungehorsam gegen die Gesetze und zur offenen Auflehnung gegen die Anordnungen der Behörden aufgefordert. Anreizungen zu Gewalttätigkeiten gegen politisch oder wirtschaftlich Andersdenkende verankerten immer mehr die politische Atmosphäre. Wurde eine Zeitung verboten, so erfolgte die Justizvollstreckung der im gleichen Verlag erscheinenden Kopfbücher an die bisherigen Abonnenten, oder es wurde diesen eine andere Zeitung gleicher Tendenz angeboten und so die Wirkung des Verbots vollständig gemacht. Um diese Lücken, die sich in der Praxis ergaben, auszufüllen, ergänzte nach Anhörung aller Landesregierungen auf Vorschlag der Reichsregierung der Reichspräsident die Verordnung vom 28. Februar dahin, daß zukünftig ein Einschreiten gegen periodische Druckschriften auch dann möglich ist, wenn durch ihren Inhalt zum Ungehorsam gegen die Gesetze oder rechtswidrige Verordnungen oder gegen die von den Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen oder zu Gewalttätigkeiten gegen politisch oder wirtschaftlich Andersdenkende veranlassen immer mehr oder anzureizen wird. Ferner ist durch die neue Verordnung bestimmt, daß das Verbot jeder periodischen Druckschrift auch jede angelegte neue Druckschrift umfaßt, die sich sachlich als alte darstellt. Ebenso sind die im gleichen Verlag wie die verbotene Druckschrift erscheinenden Kopfbücher verboten. Unter Strafe gestellt ist ferner auch die Justizvollstreckung des Ersatzblattes an die Bezahler verbotener Druckschriften.

Die Wilson-Verträge noch bis Ende August? Der „Matin“ meldet, nach dem letzten Beschluß des Kabinetts würden die am 30. Juni ablaufenden Wilson-Verträge nochmals bis zum 31. August ohne Veränderung verlängert. Auch das neue Kabinett habe die Unabhängigkeit der Ruhrabente von den Expertenberichten anerkannt.

Ausweisung europäischer Firmen aus Rußland. Das Erscheinen über das russische Verfahren bei der gestern bekannt gewordenen Ausweisung der englischen Handelsfirmen wird erhöht durch eine Nachricht der „Times“, daß insgesamt 18 Firmen verschiedener Nationalität, darunter auch deutsche und schwedische, gleichermaßen von Rußland ausgeschlossen wurden, innerhalb kurzer Frist zu liquidieren. Es werden davon jene Firmen betroffen, welche ihre Warenbestände in Rußland haben, darunter die Deutsche Schwarze Meer-Co. Die Gründe für dieses überraschende Vorgehen sind völlig unbekannt.

Der Belagerungszustand über Neapel, Turin und Palermo. Die „Neue Zürcher Ztg.“ meldet aus Rom: Das Kabinett hat über Neapel, Turin und Palermo den Belagerungszustand verhängt. Der Präkt von Mailand ist seines Postens enthoben. Bei den Unruhen gegen die Faschisten in Neapel, wo bei der letzten Kammerwahl 80 Prozent aller Stimmen für die Faschisten abgegeben worden sind, hat es der „Tribuna“ zufolge drei Tote und 20 Verwundete gegeben. Wie die „Idea Nazionale“ meldet, sind mit einem Sonderzug aus Florenz drei Abteilungen der toskanischen Faschisten in Mailand eingetroffen. Sie durchziehen die Hauptstraßen der Stadt. Weitere Abteilungen wurden am Bahnhof stationiert.

Macdonald bricht die Beziehungen zu Mexiko ab. England hat die Beziehungen zu Mexiko abgebrochen und hat den Schutz seiner Interessen in Amerika und Chile übertragen. Weiterhin wird aus Mexiko gemeldet: General Obregon hat nach einer Besprechung mit dem Außenminister angeordnet, daß die Maßnahmen zur Vertreibung Cummins eingestellt werden sollen. Es verlautet, daß Cummins bereits mit dem